

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Netzen.

Postkammer: Dresden 168
Postfach Riesa Nr. 52.

Nr. 291.

Mittwoch, 16. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewerbe- oder Anzeigenzeile 100 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; jeitendauernde und tabellarische Zeit 500, Kleinfach. Jede Zeile, demüßter Rabatt erzielt, wenn der Betrag vorfällt, durch Abgabe des Auftrages in Kontants getätigt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Canger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Grotzky 59, Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Sphinx von Angora.

Wir in Deutschland haben zur Zeit unser ganzes Interesse auf die Verhandlungen gesetzt, die uns eine neue Regierung bringen sollen. Ueber die Wirren und Arten und die üblichen Begleiterscheinungen eines solchen beinahe alltäglichen deutschen Ereignisses vergessen wir unsere Blicke auf Vorfälle zu lenken, die unter Umständen in vielleicht nicht allzu großer Zukunft auch unser Land in ihren Strudel reißen könnten. So hören wir, daß sich zur Zeit in Paris der türkische Außenminister Tansik Mustafa Bey aufhält. An und für sich kein Ereignis, das zu irgend einem Ereignis Berechtigung gibt. Wenn man nicht zu gleicher Zeit feststellen müßte, daß auch Tansik Mustafa gegenwärtig in Paris weilte. Es ist zwar bis jetzt noch nicht festgestellt, ob diese beiden Politiker in der Seinestadt irgendwo in Verbindung miteinander getreten sind. Aber die Wahrscheinlichkeit liegt nahe. Es wird auch verständlich, daß die französische Regierung dieses Zusammenreffen mit einer gewissen Besorgnis verfolgt. Der Fortgang der Wiener Verhandlungen über die Moskaufrage gibt auch alle Veranlassung, das türkische Verhalten sehr sorgsam unter die Lupe zu nehmen. Der Moskaukonflikt hat sich inzwischen so zugespitzt, daß mit einer Entscheidung in allerzürstester Frist zu rechnen ist. Frankreich befindet sich hier in einer nicht allzu angenehmen Lage. Einerseits ist es gezwungen, durch den englisch-französischen Ruchhandel in der Fragefrage den englischen Standpunkt energisch zu vertreten. Andererseits hat Frankreich das größte Interesse daran, alles zu vermeiden, was eine Erhebung seines freundschaftlichen Verhältnisses mit der Türkei bedeuten könnte. Es kommt hinzu, daß wenn es zu irgendwelchen bewaffneten Auseinandersetzungen auf Irak kommen sollte, dies sich sofort auch auf die französischen militärischen Unternehmungen in Syrien und Marokko hemmbar machen würde. Angesichts seiner großen finanziellen Schwierigkeiten wäre es ferner für Frankreich außerordentlich peinlich, zur Zeit in neue Verbindungen hineingezogen zu werden, die mit neuen großen Geldopfern verknüpft wären. Alle diese Umstände lassen die Nervosität bezüglich erscheinen, mit der man in Paris zur Zeit alle Begebenheiten verfolgt, die solche beherrschenden Bewandlungen beschleunigen dürften.

Es ist bekannt, wie man in Moskau heutzutage mit großer Aufmerksamkeit die Entwicklung der großen außenpolitischen Probleme verfolgt, in der Ueberzeugung, aus allen internationalen Krisen Vorteile für das Land herausziehen zu können. Jeder Krieg ist für die Sowjetunion ein gesundes Fressen. Im Moskaukonflikt sieht es eine solche Gelegenheit, passiv oder aktiv handelnd eingreifen zu können. Man weiß, daß die Sowjetdelegationen in Angora nicht müde werden, Tag für Tag das stimmende Feuer zu führen, um die türkische Regierung anzuwippen, auch nicht vor dem letzten zurückzukehren. Wie sich die türkischen Staatslenker die Entwicklung einer solchen kriegerischen Auseinandersetzung denken und wie hoch sie die türkische Machtstellung und militärische Schlagkraft ihrer Truppen einschätzt, ist nicht klar zu erkennen. Viele Zeichen deuten jedoch darauf hin, daß ein Krieg zur Zeit der Angora-Regierung nicht so unangenehm wäre. Bekanntlich hat man von Angora aus ein inneres Reformwerk in die Wege geleitet, das nicht überall den ungeteilten Beifall des türkischen Volkes fand. Die überaus rasche und sprunghafte Art, mit der man Verwaltung und Sitten in der Türkei modernisieren wollte, hat zum Teil eine außerordentlich starke Mißstimmung hervorgerufen. Man darf sogar annehmen, daß die blutigen Krawalle um Erzerum herum eine unmittelbare Folge dieser Mißstimmung waren. Wenn auch die Vorfälle in Bitlis, Sivas, Erzerum, Trapezund und Riaz viele Opfer an Menschenleben kosteten, so konnten sie sich doch nicht zu einer größeren Gefährdung des Landes verwickeln. Sie wurden verhältnismäßig rasch niedergeschlagen und nur die vielen Gerichtsverfahren mit ihren nicht gar zu milden Urteilen, geben noch Kunde von diesen Unstimmigkeiten. Immerhin ist die Regierung in Angora überzeugt, daß irgendwas geschehen müsse, die Wahrung unter dem Volke abzulernen. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß gerade ein Krieg ein gutes Mittel sein kann, die inneren Schwierigkeiten eines Landes einzudämmen. Es ist anzunehmen, daß die türkischen Staatslenker dieser Erfahrung sich nicht verschließen wollen. Vielleicht bezwecken sie auch mit diesem Sabelgerassel eine andere Absicht. So könnten sie mit dem Hinweis, daß die inneren Schwierigkeiten es dem Lande nicht gestatten, mit den Waffen in der Hand sein Recht zu verteidigen, einen tödlichen Schlag gegen ihre Gegner fällen. Welche tiefere Gründe daher in diesen türkischen Kriegsdrohungen liegen, ist nicht klar ersichtlich.

Welche militärischen Vorteile könnte die Türkei in eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der englisch-französischen Allianz hineinbringen? Bei Beantwortung dieser Frage müßte man sich erst darüber klar sein, ob die französische Unterstützung des englischen Standpunktes sich durch aktive Mitwirkung auf dem Kriegsschauplatz oder nur durch eine moralische und diplomatische Hilfe auswirken wird. Sollte Frankreich von Truppenentsendungen absehen, dann würden der türkischen Armee, wenigstens zum Anfang, gewisse Vorteile beschieden sein. Ob diese Vorteile sich zu einem größeren Erfolg ausweiten könnten, hängt von dem Eingreifen Russlands in den Konflikt ab. Annehmen darf man, daß die Sowjetunion alles daran setzen wird, die türkische Stellung zu schwächen. Sie wird sich bemühen, alles Notwendige an Kriegsmaterial, Waffen, Munition, Geschützen, Proviant dem türkischen Heer zur Verfügung stellen zu können. Von einem Eingreifen in den Kampf selbst dürften sie vielleicht zunächst absehen. Ein

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Die Richtlinien des Abgeordneten Koch.

von Berlin. Die Richtlinien, die der Abg. Koch gestern den Parteiführern vorlegte, sollen im Wortlaut erst veröffentlicht werden, wenn ihre endgültige Formulierung feststeht. Schon jetzt können wir mitteilen, daß sie außerordentlich darauf hinarbeiten, eine Lebendigmachung des Vocarnogeistes zu erreichen, und daß der Dönnung Ausdruck gegeben wird, daß die Befragung möglichst bald befristet wird. Weiter wird betont, daß ein Zusammenarbeiten der europäischen Länder notwendig ist, und daß eine Weltwirtschaftskonferenz angeordnet sei, hier fördernd zu wirken. Was die innenpolitischen Feststellungen betrifft, so wird hervorgehoben, daß der Zolltarif sein Selbstzweck sei, sondern ein Instrument, um eine möglichst große Ausdehnung des deutschen Handels in der Welt zu erreichen. Ferner wird die Frage der Zielduna angedeutet, die mehr als bisher gefordert werden muß, besonders um den Inlandsmarkt zu stärken. Es wird die Notwendigkeit betont, daß die Wirtschaft rationalisiert wird. Um bei diesen Bemühungen zu einer höheren Wirtschaftlichkeit zu kommen, wird ein enger Zusammenarbeiten zwischen der Wirtschaft selber und der Reichsregierung, sowie den Regierungen der Länder gefordert, damit sie sich gegenseitig in die Hand arbeiten. — Es wird weiter die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der Zweiergehalte verlangt. Eine Reihe von Forderungen werden auf sozialpolitischen Gebieten gestellt. Die Verhandlungen mit dem Arbeitsminister haben hier bereits eine Grundlage gegeben. Im Arbeitsministerium liegt bereits ein Gesetzentwurf vor, der alle Arbeitszeitsfragen zusammenfaßt. Kindererziehung, Schutz der Frauarbeit, Sonntagsarbeit usw.

Hinsichtlich der Ratifikation des Washingtoner Abkommens wird gesagt, daß sie gleichzeitig mit Frankreich, Belgien und England erfolgen sollte, damit eine gewisse Gegenseitigkeit der hauptsächlichsten Industrieländer gewährleistet wird.

neues Gesicht bekäme die Angelegenheit aber, wenn die Londoner Regierung sich dazu entschließen sollte, Deereformationen auf dem Wege über Konstantinopel in die Türkei einmarschieren zu lassen. Ein Konstantinopel unter englischer Herrschaft wäre für Russland das Unverträgliche, was es sich denken kann. In diesem Falle könnte die Wahrscheinlichkeit eintreten, daß Moskau sich zu einem aktiven Eingreifen entschließt. Der Krieg bekäme dadurch eine Ausdehnung, die dem Völkerverbund alle Verantwortung geben müßte, sich einzumischen. Die Zusammenfassung des Völkerverbundes, in dem der Einfluß Englands und Frankreichs vorherrschend ist, läßt darauf schließen, daß man zu Entschlüssen kommen würde, die vor einer militärischen Aktion gegen die Sowjets nicht zurückzuführen. In diesem Augenblick dürfte der Moment gekommen sein, in dem auch das deutsche Volk recht unmittelbar in die Ereignisse hineingezogen wird. In Vocarno gab man uns zwar Versicherungen, daß der Völkerverbund im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung ein Land nicht in den Strudel der Kriegswirren hineinziehen dürfe, wenn die militärische Gestaltung dieses Landes eine solche Mitwirkung an einer Völkerverbundaktion nicht gestatte. Wir dürfen nicht vergessen, diese Versicherungen waren nicht bindend. Sie waren nur die Auslegung eines Völkerverbundes, die einlag ihm angeschlossenen Mächte von sich aus abgaben. Eine feste Sicherheit ist uns also in keiner Weise gegeben worden. Man hat in den Vocarnotagen immer darauf hingewiesen, daß eine solche Möglichkeit, die ein Eingreifen Deutschlands im Verfolg eines Völkerverbundes verlangen sollte, in ganz weite nebelhafte Ferne gerückt sei. Der Rebell, der um diese Möglichkeit geworben wurde, hat sich recht rasch verflüchtigt. Und wir sehen jetzt mit erschreckender Klarheit die Unruhe einer Gefahr, auf die übrigens auch von deutscher Seite während der Vocarnoverhandlungen sehr deutlich hingewiesen wurde. Wir haben also alle Verantwortung, die Ereignisse, die sich um den Moskaukonflikt herum abspielen, mit allergrößtem Interesse zu verfolgen. Und von uns aus alles zu tun, was uns vor dem Hineinziehen in den Gader dieser Völker bewahren kann. Wir könnten sonst unter Umständen ein Ermachen erleben, das uns das letzte rauben kann, was wir überhaupt besitzen. Die Augen auf, meine Herren in Berlin, der Friede ist in Gefahr!

Entscheidung der Moskaufrage.

Das Moskaugebiet dem Irak zugesprochen.

Genf. Gestern abend ist die aus London erwartete Zustimmung auf die der englischen Regierung mitgeteilten Bedingungen für die in Aussicht genommene Entscheidung in der Moskaufrage eingetroffen. Die englische Delegation machte dem Rat, der in geheimer Sitzung tagte, davon sofort Mitteilung. Damit ist die Entscheidung über das Moskaugebiet gefallen. Das Gebiet wird endgültig dem Irak zugesprochen. England übernimmt das Mandat für weitere 2 Jahre und ist bereit, sofort mit der Türkei in wirtschaftliche Verhandlungen einzutreten, die der Rat ausdrücklich in England fordert. Die öffentliche Bekanntgabe des Beschlusses erfolgt Mittwoch nachmittag. Man vermutet, daß die

Die Besprechungen im Reichstag.

Berlin. (Funkdruck mittags 1 Uhr.) Demie vormittags gegen 11 Uhr wurden die Besprechungen des Abg. Koch mit den Vertretern der Parteien, die für die Große Koalition in Frage kommen, im Reichstag wieder aufgenommen. Die einzelnen Fraktionen hatten dieselben Herren entsandt wie Dienstag. Zum ersten Mal nahm auch die Wirtschaftliche Vereinigung an diesen Besprechungen teil. Die Parteiführer berieten über die Annahme, die die ständigen Mitglieder bei ihren Fraktionen gefunden haben. Abg. Marx (Zent.) teilte mit, daß die Zentrumsfraktion grundsätzlich auf dem Boden des Kochschen Programms steht. Nach ihm berichten die Abgeordneten Müller-Resanek (Zent.) u. Dr. Scholz (Zent.) über die Stellungnahme ihrer Fraktion. Hierbei ergab sich die Notwendigkeit von Rückfragen, die eine ausgedehnte Erörterung hervorriefen, an der auch der Reichsarbeitsminister Brauns teilnahm.

Die Besprechungen des Abg. Koch mit den Parteiführern waren noch 1 Uhr mittags beendet. Die erörterten sich auf die einzelnen Punkte des von Herrn Koch ausgearbeiteten Programms, durch die er die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien auszugleichen suchte. Er wurde schließlich beauftragt, eine neue Formulierung seiner Richtlinien vorzunehmen. Die Fraktionen sollen heute abend darüber beraten.

Die Stellungnahme der Demokraten.

von Berlin. Im Reichstag wurde am Dienstag gegen 5 Uhr nachmittags von demokratischer Seite folgendes Communiqué ausgegeben: Die Führer der Fraktionen der Deutschen Volkspartei, der Bayer. Volkspartei, des Zentrum, der Demokraten und der Sozialdemokraten verhandelten heute über das vom Abg. Koch entwerfende Programm. Es ergab sich grundsätzliche Einverständnis. Es wurde aber vorbehalten, daß die Fraktionen, die heute abend zusammentreten, noch Ergänzungen oder Klarstellungen verlangen können. Die Führer treten morgen vormittag zu abschließender Beratung über das Programm erneut zusammen.

türkische Delegation entsprechend ihrer bisherigen Haltung an dieser Sitzung nicht teilnehmen wird. Die türkische Delegation scheint sich jedoch über diese Frage nicht schuldig zu sein.

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn.

Anrufung des Reichsarbeitsministers durch die Gewerkschaften.

Berlin. Die Eisenbahntariforganisationen nahmen gestern in einer gemeinsamen Konferenz zu dem negativen Verhandlungsergebnis über die Lohnforderungen des Personalrats Stellung und beschloßen nach eingehenden Erörterungen den Reichsarbeitsminister um Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zu ersuchen.

Das Schreiben an den Reichsarbeitsminister hat folgenden Wortlaut: „Die Verhandlungen vor dem Schlichter am 3. Dezember ds. Js. in der Lohnstreitangelegenheit bei der Deutschen Reichsbahn führten zu folgendem Resultat:

1. Die am Lohnvertrag beteiligten drei Arbeitnehmerorganisationen werden alsbald ihre Forderungen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft überreichen.
2. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft ist bereit, in Verhandlungen mit den Arbeitnehmerorganisationen einzutreten.
3. Das gegenwärtige Verfahren ist damit erledigt. Die Verhandlungen haben am 7. und 14. ds. Mts. stattgefunden, ohne daß sie ein annehmbares Ergebnis herbeigeführt haben. Auf Grund dieser Tatsache gestatten sich die unterzeichneten Organisationen, den Herrn Reichsarbeitsminister zu ersuchen, einen Schlichter zu bestellen und damit ein Schlichtungsverfahren über den Lohnstreit bei der Reichsbahn einzuleiten.

Die Ausbeutung Marokkos durch Frankreich.

Nach einem der Pariser Landwirtschaftlichen Akademie vorgelegten Bericht hat in der französischen Zone von Marokko allein der Umfang des mit Getreide bebauten Gebietes in der Zeit von 1920 bis 1924 um 700 000 Hektar zugenommen, nämlich von 2 000 000 auf 2 700 000 Hektar. Die Getreide nimmt mit über einer Million Hektar Anbaufläche den ersten Platz ein, dann folgen Weizen auf über 900 000 Hektar, Mais auf 187 000 Hektar, Daser auf 10 000 Hektar. Der Flachsbau ist dagegen auf 14 000 Hektar zurückgegangen. Der Gemüßbau hat schon so stark zugenommen, daß Gemüse als wichtiger Anbauartikel in Betracht kommt. Besonders befrechtigt ist man in Frankreich von den Ergebnissen, die auf den Baumwollpflanzungen an der Kühlung des Nilanflusses und in den Gegenden von Chania und Marrakech erzielt wurden, da sich Frankreich immer mehr von der Baumwollzufuhr aus dem Ausland freizumachen sucht. Auch die Schafzucht in den Bergen und in den halbwüsten Gegenden nimmt behäufig an Umfang zu. Bemerkenswert ist noch, daß von den in der marokkanischen Landwirtschaft beschäftigten Ausländern 3/4 Franzosen sind.